

wir gingen alle zusammen. Wie oft und häufig sprich' Ernie von Frittie — es ist sehr während und sprich' für sein tiefes, warmes Herz. Unlängst legte er — beim die Erinnerung an den Tod hat einen so tiefen Eindruck gemacht, und er kam ihn nicht mit dem Leben in Einklang bringen und es schmerzt ihn —: „Wenn ich sterbe, mußt Du auch sterben und alle Anderen, warum können nicht alle zugleich sterben? Ich mag nicht allein sterben, wie Frittie.“ In einer anderen Stelle schreibt Alice über ihren ältesten Sohn: „Ich bilde mir ein, daß selten eine Mutter und ein Kind einander so gut verstanden und geliebt haben, wie wir Beide; der Worte bedarf es nicht, er liegt in meinen Augen, wie ich in den seitigen lese, was er auf seinem kleinen Herzen hat, mit dem er so zärtlich liebt und empfindet.“ Nicht besser können diese Betrachtungen geschlossen werden, als mit den Worten, die Alice für den einsigen Trauungsgeher niedergeschrieben, als er nach schwerer Krankheit genestete: „Ein Geliebter soll er sein im vollsten Sinne des Wortes, ohne Kränzendübel, bescheiden, unegoistisch, hilfsreich, erfüllt von Pflichtbewußtsein, Ehrgeiz und Wahrheitsliebe, und der Achtung vor Gott und dem Gesetz, die allein wahrhaft frei machen.“

— Wie gestern gemeldet, ist dem Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg zugegangen. Er enthält nur einen einzigen Paragraphen: „Das Gesetz vom 15. Februar 1869 (Gesetzblatt. S. 522), betreffend eine Abänderung der Beschlagnahmeverordnung vom 2. März 1868, wird dahin abgeändert, daß die Wiederanhebung der durch diese Verordnung vom 2. März 1868 (Gesetzblatt. S. 166) über das Vermögen des Königs Georg verhängten Beschlagnahme königlicher Verordnungen vorbehalten bleibt.“

Zu der dem Gesetzentwurf beigegebenen Begründung heißt es u. a.: „Die gegenwärtigen Verhältnisse lassen es als zulässig und angezeigt erscheinen, die Wiederanhebung der Beschlagnahme des Vermögens weiland König Georgs eintreten zu lassen. Die Zustände der Provinz Hannover sind gegenwärtig so beruhigt und besetzt, daß es insbesondere Mittel zur Abwehr etwaiger gegen die Zusammengehörigkeit der Provinz mit dem Preussischen Staate gerichteter Agitationen nicht mehr bedürftig wird. Der Kaiser hat daher in der Absicht, der Bevölkerung dieser Provinz einen Beweis seines vollen Vertrauens zu geben, und in dem Bewußte, das durch zur weiteren Berücksichtigung beitragen, seine Willensmeinung dem Staatsministerium dahin zu erkennen gegeben, daß die Beschlagnahme der königlichen Revidenten nicht weiter aufrecht zu erhalten, vielmehr wegen der Ausführung des Vertrages vom 29. September 1867, soweit dieselbe überhaupt noch ansteht, die entsprechenden Schritte zu thun seien, falls der Herzog von Cumberland vorher die Zustimmung erteilen würde, die ihm dann zuzulassenden oder sonst zuzustehenden Mittel nicht zu feindseligen Unternehmungen gegen den Kaiser oder gegen den Preussischen Staat verwenden zu wollen. Diese Zusicherung ist durch das an den Kaiser gerichtete Schreiben des Herzogs von Cumberland vom 10. März 1892 gegeben worden.“

— In Thüringen wird am Geburtstage des Fürsten Bismarck in der Nähe des Kaiser Wilhelms Thurns ein Reliefbild des Altweichstanzlers eingeweiht werden.

— Bei dem Feste zum Gedenken der 25jährigen Bestehen der nationalliberalen Partei in Hannover brachte Landtagsabgeordneter Senator Wollrecht einen Toast auf den Fürsten Bismarck aus. Er wies darauf hin, daß die nationalliberale Partei mit Stolz ihrer Mitwirkung bei Gründung des Deutschen Reiches und bei dem Aufbau der Reichsverfassung gedenke, sowie, daß sie stets den nationalen Gedanken pflegt und für dessen Ausbreitung gekämpft habe. Wir wissen aber, sehr Redner fort, daß die großartigen Erfolge nicht erreicht wären, wenn die richtigen Männer nicht die Ausführung der nationalen Idee übernommen hätten. Vor allen anderen waren es die hochheiligen Kaiser Wilhelm und Friedrich mit den beiden helden Mächtig und Woll. Wenn die großen helden ihre here von Sieg zu Sieg führten, so war hier große große Erfolg nur durch die genialen Operationspläne Mächtig's und die durch Woll vorbereitete Kriegsbefähigung der Armee möglich. Die Thaten dieser helden sind uns unvergesslich; zu was hätte aber alle ihre Arbeit genutzt, wenn nicht der größte Staatsmann aller Zeiten der Vater der Geschichte unseres Vaterlandes gewesen wäre? Das größte Verdienst daran, daß unser Vaterland heute so groß dasteht, gebührt dem Fürsten Bismarck, der es verstanden, die hohen Erfolge mit weiser Mäßigung auszunutzen. Er leitete heute nicht mehr die Geschicke des Vaterlandes, aber wir gedenken als Deutsche Männer mit unabweisbarer Dankbarkeit der Thaten des großen Königs. Sein Wort: „Man muß Deutschland nur in den Sattel heben, reiten wird es schon können“, ist uns unvergesslich. Wollen wir aber dazu mitwirken, daß Deutschland seine Achtung gebietende Stellung behält, so müssen wir in unserer Jugend Weisheit und nationale Begeisterung wecken. Unser Schulwesen bildet die Grundlage der Jugend-erziehung; wir wollen hoffen, daß die alten Tradi-

tionen, welche Preußen groß gemacht, nicht verlassen werden. Wir können keine freie Männer erziehen, wenn wir keine freien Lehrer haben. So hat auch Fürst Bismarck gedacht. Denn diese Grundlagen des Staates bestehen, dann wird das Werk des großen Bismarck, das Deutsche Reich, seine Mission zum Wohle der ganzen Menschheit erfüllen können. In diesem Sinne wollen wir des Fürsten Bismarck gedenken, des Deutschen aller Deutschen Männer! Mit voller Begeisterung stimmten die Festgenossen in die sich immer wiederholenden lebhaften Hochrufe ein.

— Für die Beurteilung der jüngsten Vergangenheit wie der gegenwärtigen Lage sind die vorliegenden Verhandlungen lehrreich, welche in hervorragenden freimüthigen Blättern über den alten und den neuen Curs angeleitet werden. Man war früher im freimüthigen Lager sehr ungelassen über den Bismarck'schen Begriff der „Reichsfeindschaft“; man bespötte ihn weidlich und legte ihn als böllig veraltet und gänzlich unzeitgemäß zu den abgethanen Dingen. Jetzt aber fragt die „Vossische Zeitung“ vom 11. März 1892 mit Beziehung auf das „große Wort“, das Graf von Caprivi unlängst gelassen ausgesprochen hat: „Glaubt der Reichstanzler wirklich, daß die Gefolgschaft des Herrn Sigt in Bayern, Gott sei Dank, national sei? Und glaubt er, daß nicht eine ähnliche Gesinnung an anderen Stellen schlummere, wenn sie sich auch noch nicht an die Oeffentlichkeit wagt?“ Dasselbe Blatt spricht ferner noch heute ein „geographischer Begriff“ wäre, wenn es mit Hilfe der Ultramontanen und Orthodoxen hätte geschaffen werden sollen. Es heißt dann weiter: „Der Freiberger von Franzosen ist nach seinem Tode als ein Mann von erst deutlicher Gesinnung gerufen worden, und der todt' Windstocher hat Ehren erfahren, als wäre er und nicht Bismarck der Wertmeister am Bau der Deutschen Einheit gewesen. Aber die Nation hat darum nicht vergessen, daß der Bayerische Freiberger ein ultramontaner Particularist war, der, als der Feind an Deutschlands Spitze pochte, gegen Bayerns Teilnahme an Kriege stimmte, und, als der Krieg ruhmreich geschlossen war, Bayerns Eintritt in das Reich bekämpfte. Und wenn Herr Windstocher lebte, vielleicht machte er heute sein Hehl daraus, daß Preußen nicht nur den Velsenfonds, sondern auch Hannover an den Herzog von Cumberland zurückgeben müsse.“ Ja, noch mehr! Die „Westf. Ztg.“ behauptet sogar, wie im alten Bundesstage, die Mehrheit im Bundesratte einen nachträglichen Kampf gegen Preußen aufnimmt. Genio erster Art sind die Erwägungen, welchen die „Freisinnige Ztg.“ vom 13. März d. J. in einem umfangreichen Leitartikel über die dauernde Beschlußfähigkeit des Reichstages Ausdruck giebt. Das Blatt des Abgeordneten Eugen Richter hat es für eine oberflächliche Betrachtungsweise, die Vere im Reichstage auf die äußeren Gründe der Diätenlosigkeit und des Zusammenbruchs von Reichstag und Landtag zurückzuführen; es sucht nach den inneren, tiefer liegenden Gründen, welche jene äußeren Verhältnisse nachteiliger als früher einwirken lassen, und findet als ersten den Umstand, daß auf seiner Seite diejenige Freiheit am selbstthätigen, positiven Schaffen vorhanden ist, welche von 1871 bis 1876 so reiche Früchte gezeitigt hat. Selbst in der „Aera der Reaction“ welche die „Frei. Z.“ mit dem Jahre 1876 eintritt, läßt „gewannen, wenn Fürst Bismarck im Reichstage erschien, dadurch die Verhandlungen ein besonders lebhaftes Interesse. Denn man war sich allseitig bewußt, daß Fürst Bismarck nicht bloß der Beauftragte der Krone, sondern thatsächlich der persönliche Träger der Gesamtpolitik war.“ Das ist heute anders, da der General-Reichstanzler Graf von Caprivi ziemlich unzuweilig erklärt hat, daß er ein Amt und keine Meinung habe, eine Anschauung, als deren naturgemäße Konsequenz die Ausdehnung der Praxis erscheint, nach welcher der Monarch über die Minister hinweg sich an die Oeffentlichkeit wendet. Unter solchen Verhältnissen ist es nicht recht, wenn gerade diese Regierung häufig erklärt, gegen den Strich zu schwimmen. Solche Ueberzeugungen des Anspruchs „sie volo sie juvo“ wirken auf das Interesse an den parlamentarischen Verhandlungen um so erlösender, wenn sie abgehen von der Autorität der antiken Stellung nicht durch eine hervorragende persönliche Erfahrung und ein besonderes persönliches Wissen in der freitigen Frage gebot werden.“ Schließlich beklagt die „Frei. Ztg.“, daß auch in den anderen Regionen der Regierung, a. B. von Herrn von Stephan, die parlamentarische Beeinflussung in einer Sprache zurückgewiesen werde, „wie sie früher kaum Fürst Bismarck beliebte“. Dies Alles führt die „Frei. Ztg.“ zu dem betrieblichen Ergebnis: die Bedeutung des Reichstages ist auf die Verbindung neuer ungewöhnlicher Wege und auf die Einwirkung neuer Ansichten zurückzuführen. „Es aber der Reichstag wenigstens in dieser Beziehung seinen Beruf erfüllen kann, hängt zur Zeit fast allein von der Centrumspartei als ausführender Fraktion ab.“ Die vorliegenden Aufstellungen des „Cartel-Reichstages“ laut werden. In dem damaligen Wahlbezirk schrieb die deutschfreisinnige Partei die Decimierung der Nationalliberalen auf ihre Jahre. Und

heute? Heute ergeben sich Organe derselben Partei in Betrachtungen, welche schlagen darthun, daß eine starke nationalliberale Partei in Deutschland unumgänglich notwendig ist, um die Vorkherrschaft des Ultramontanismus zu verhindern.

— Wie namentlich aus den Industrieskizzen des Westens die Veranlassung zur Einkommensteuer auf Grund der Declarationspflicht erhebliche Mehreträge ergeben hat, so wird auch in Berlin die Veranlassung ein erhebliches Mehr an Einkommensteuer ergeben. Dasselbe wird auf etwa 7 Millionen Mark veranschlagt, wovon etwa 1 1/2 Millionen Mark auf die Actiengesellschaften, der Rest auf die physischen Personen entfällt.

— Der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses ging folgende Zustimmungserklärung aus Jork (Reg.-Bez. Städte) zu: „Die heute hier zusammengetretenen Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei des Kreises Jork schieben sich gebührend, die Haltung der nationalliberalen Fraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses gegenüber dem dort zur Verabreichung stehenden Entwurf eines Volksschulgesetzes voll zu billigen und dabei der unverfälschten Hoffnung Ausdruck zu geben, dieselbe werde in dem uns aufgebredenen Kampfe um Volksschulgesetz und Gewissensfreiheit treu und manhaft auszuhalten bis zum endlichen Siege der guten Sache. Bez.: P. Olters, F. Freese, D. Glander, G. Quast, G. Zietas, J. Brohm, C. Lehr, P. Feindt, J. Trange, J. Bollner, J. Reher, P. Reher.“

— Nimmehar hat auch die Universität Königsberg eine Petition gegen den Volksschulgesetzentwurf erlassen. Derselbe hat nach der „Königsberger Allg. Ztg.“ folgenden Wortlaut: „Hohes Haus der Abgeordneten! Die unterzeichneten Dozenten der Universität Königsberg, überzeugt, daß durch die Annahme des Volksschulgesetzes der Einfluß des Geistes auf die Schule in ungerückte Weise geschnitten, und daß damit eine nationale Gefahr heraufbeschworen werden würde, welche auf die höheren Unterrichtsanstalten ihre Rückwirkung nicht verschonen würde, bitten: Hohes Haus der Abgeordneten wolle dem Entwurf des Volksschulgesetzes in seiner vorliegenden Form die Zustimmung verweigern.“

H. Baumgart, C. Wehrh, A. Blodmann, G. Braun, M. Braun, J. Casper, C. Cornill, G. Dehio, R. Dohm, A. Dörner, J. Eudemann, C. v. Esmarck, S. Falkenstein, F. Friedländer, R. Garbe, A. Grünhagen, J. Gahn, W. Hasbach, W. Hecht, G. Hirschfeld, D. Hofmann, A. Hurwig, M. Jaffe, A. Juchacz, A. Kähler, C. Rosen, P. Scharf, A. Schleich, J. Schneider, A. Eant, C. Schmeier, A. Schwick, G. Sauer, H. Mequet, G. Müller, G. Bore, F. Beyer, G. Reub, P. Nitzsche, A. Sack, H. Sander, S. Sander, M. D. Schmeier, A. Schneider, J. Schreiber, R. Schuber, C. Seydel, G. Stetter, L. Stieba, Th. Treidel, J. Walter, R. Weyl, R. Zander.“

— Aus den Landorten des 6. Massifkreises Landtags-Wahlkreises gingen am 12. ds. Mts. 60 Petitionen mit zusammen 3333 Unterschriften gegen den Volksschulgesetzentwurf an den Abgeordneten des Kreises, Herrn Landrat Dr. Vedmann, ab.

— Die Berliner Straßentransporte, so unbedeutend und nichtigend sie an sich waren, gewinnen an Interesse durch die Art und Weise, wie ihre Urheber, das Lumpenproletariat, jetzt zwischen der freimüthigen und socialdemokratischen Presse hin und her gehoben werden. Der geschmackvolle Ausdruck wurde zuerst von dem offiziellen Monitor der Socialdemokratie, dem Berliner „Vorwärts“, in die Welt gesetzt; sein Verzicht, die Wadmanmacher von den Hochschülern der Agitatoren abzuschießen, mißlang aber so jämmerlich, daß es dem mit etlichen 10000 Mark zur Einkommensteuer veranlagten Schriftredner Westhoff nicht heimlich zu Mute wird und er durch die gewöhnlichen Capricien auf dem Gele der Westpottent das Angenehme des Wohlwuns von seiner minder haltbaren Tagesleistung abzulassen nicht. Das Lumpenproletariat spielt in dem Unitzprogramm der Socialdemokratie die Rolle des Mohnen im „Riesko“; wenn es seine Arbeit gethan hat, so kann es gehen; und wenn es nicht gehen will, dann wird es schleunigst einer anderen Partei aufs Kerbholz gesetzt. Das Unvernügen der Socialdemokratie, den hochtrabenden Phrasen, mit denen sie stets und häufig um sich wirft, einen halbwegs brauchbaren Inhalt zu geben, tritt bei dieser Gelegenheit wieder einmal recht deutlich zu Tage. Wenn ihre Declarationen gegen das Beliehende Sinn und Verstand hätten, so müßte der „Vorwärts“ die Lumpenproletariat als Mitarbeiter der Sache des ausgebeuteten Volkes an seinen Mäthernen danken und ihnen in seinen Worten ein Denkmal dandener beim G. G. wachen. Denn die Wadmanmacher und Phrasenmacher schänderer thun doch weiter nichts, als was der „Vorwärts“, wenn auch „mit ein bisschen anderen Worten“, tagtäglich den Massen des „ethisch revolutionären Proletariats“ als der agitatorischen Weisheit letzten Schicks anempfiehlt: sie überführen die irdischen Wüter aus dem Privat- in das Collectiv-eigenthum. Daß ihnen dabei die Polizei im Wege steht, dafür können doch die Phrasen der socialdemokratischen Revolutionsarmee nichts. Deutschland ist nun freilich für das Futuristideal der Westhoff und Consorten noch nicht reif, deshalb wird dort